

machen. Damit ökonomische Ziele nicht die alleinige Priorität erhalten, muß dieses Mittel jedoch ergänzt werden: zu fördern sind die Selbständigkeit in der Errichtung kleiner ökonomischer Netze und in der Entfaltung politischer Basisarbeit für eine soziale Gerechtigkeit, die «von unten» wächst.

Dies ist die Richtung, in die die meisten Beiträge zielen und zu der sie partielle Überlegungen beisteuern. Die Wege in diese Richtung werden umso besser gangbar sein, als bei den Trägern ökonomischer und politischer Macht das Bewußtsein wächst, daß eine grenzenlose ökonomische Entwicklung nicht nur die

Armen nicht von ihren Brosamen ernähren kann, sondern letztlich auch die Reichen zugrunde richtet. Für Christen aber sollte dieses Motiv des rationalen Selbstinteresses nicht notwendig sein, denn ihre Motivation ist durch das radikale «Sein-für-Andere» bestimmt, das die Existenz Jesu Christi und sein Gottesbild ausmacht. Diese Motivation praktisch zu bewahren, macht auch die Existenz der christlichen Kirchen in dieser Welt glaubwürdig. Dahinter zurückzubleiben, ist eine Schuld, die nur von der gnadenhaften Befreiung zu einer neuen praktischen Chance überholt werden kann.

Ökonomische Faktoren des Nord-Süd-Konflikts

Paul Steidl-Meier

Bevölkerungs-, Umwelt-, Energie- und Ernährungspolitik: Eine Problematik ungerechter Verteilung?

Der Titel dieses Aufsatzes tönt ein wenig schwerfällig, aber dies ist deshalb der Fall, weil auch der behandelte Gegenstand es ist. Das Problem ist eine Viererproblematik (Bevölkerungs-, Umwelt-, Energie-, Ernährungsfragen), und diese vier Variablen werden in erster Linie voneinander her interpretiert. Sie isoliert zu behandeln, wäre unsinnig; sie aber im Zusammenhang miteinander zu behandeln ist irgendwie außerordentlich schwierig. Ferner läuft der Titel auf eine Frage hinaus: Stellen diese vier Probleme eine Problematik ungerechter Verteilung dar? Es geht hier um ein Problem der Systemanalyse, weshalb die Methode zwangsläufig interdisziplinär ist. In der Einleitung gebe ich einige Positionen in bezug auf dieses verwickelte System an, die allgemein angenommen sind, und lege die Zielsetzungen des Aufsatzes dar.

Einleitung

Was wird über die Wechselbeziehungen zwischen Bevölkerungs-, Umwelt-, Energie- und Ernährungsfragen gesagt? Zwischen den Beobachtern besteht überraschenderweise eine weitgehende Übereinstimmung, wonach ein krasses Ungleichgewicht besteht zwischen den verschiedenen Populationen in der Welt und zwischen den jetzigen und den voraussichtlichen künftigen Bedürfnissen¹.

Gehen diese Ungleichheiten auf ein Problem ungerechter Verteilung zurück? Diese Frage umreißt die Aufgabe dieses Aufsatzes. Die genaue Zielsetzung dieses Artikels ist es nämlich, aufzuzeigen (so gut dies auf ein paar Seiten getan werden kann), daß das festgestellte Ungleichgewicht ungerecht, und zwar eine soziale Ungerechtigkeit ist und daß es Alternativen zu einer gerechteren Sozialpolitik gibt.

Dementsprechend erörtert dieser Aufsatz folgende Punkte:

1. die Methodologie;
2. die Knappheitshypothese;
3. die Hypothese ungerechter Verteilung;
4. den sich daraus ergebenden Schluß: die Kirche muß sich aktiv beteiligen.

I. Methodologie

Verteilungsmodelle sind mit Komponenten der Sozialpolitik und der sozialen Gerechtigkeit verknüpft. In diesem Zusammenhang erörtere ich die Sachverhalte, die Werte und die Politik.

Von «Sachverhalten» wird angenommen, daß sie angeben, «was vorliegt». Aber die Dinge liegen nicht ganz so einfach, denn das, was man als «Sachverhalt» bezeichnet, enthält, wenn man es auseinandernimmt, oft Konstellationen empirisch festgestellter Phänomene sowie einen Rahmen zu deren Deutung. Das erste Problem, das auftaucht, ist das einer Selektivität im Anführen der «relevanten» Komponenten eines beobachteten Phänomens, d. h. es geben nicht alle Beobachter die gleiche Schilderung der Tatsachen. Und selbst wenn sie dies tun, existieren die «Gegebenheiten» nur innerhalb eines Kontextes von Ideen und einer deutenden Meinung, will sagen die «Fakten» werden innerhalb und im Sinn verschiedener Wertvorstellungen und Ideologien gedeutet. Die Ideologie, die Voreinstellung, die man hat, hilft die Sachverhalte irgendwie «organisieren». Das Analysierverfahren wird durch die Hermeneutik verschiedener Anschauungen bestimmt.

Diese Bemerkungen sind im vorliegenden Kontext, wo es um Bevölkerungs-, Umwelt-, Energie- und Ernährungsfragen geht, sehr wichtig. Wenn man die herkömmlichen malthusianischen und marxistischen Positionen prüft, ersieht man, daß die malthusianische Interpretation die Fakten als Knappheit deutet, die einerseits durch das übermäßige Bevölkerungswachstum und andererseits durch die dem Wachstum gesetzten umweltbedingten und technologischen Grenzen hervorgerufen wird. Für die Marxisten liegt keine solche Knappheit vor, sondern liegt der Grund darin, daß die Produktionskräfte in den Händen einiger weniger konzentriert sind, was dazu führt, daß viele Not leiden. Es ist jedoch entscheidend wichtig, daß man weiß, wie es sich mit den «Fakten» in Wirklichkeit verhält, denn im ersten Fall wird man eine Ethik der Knappheit entwickeln (wie dies in der «Rettungsbootethik» und in der Idee, wonach eine «Auslese» zu treffen ist, geschieht), im zweiten Fall aber wird man eine Verteilungsethik entwickeln. Dementsprechend würde im einen Fall diese, im anderen Fall jene Haltung als sittlich gut gelten. Die ethische Analyse hängt von der Beurteilung der «Sachverhalte» ab².

Doch neben der empirischen Analyse hat die ethische Reflexion Werte zur Grundlage. Nicht einfach den Gebrauchs- und den Tauschwert von Gütern und Dienstleistungen, womit sich die Wirtschaftswissenschaft befaßt, sondern den inneren Wert. Der Begriff eines Grundwertes hängt selbstverständlich davon ab, daß man eine Ontologie und eine theologisch-philosophische Anthropologie artikuliert, eine Sicht dessen, wie man sich das Leben im allgemeinen und das menschliche Leben im besonderen denkt. Diese Auf-

gabe liegt jedoch außerhalb der Zielsetzung dieses Aufsatzes; es genüge, zu sagen, daß die Politik nicht sinnvoll analysiert werden kann, ohne daß man die der Analyse zugrunde liegenden Grundwerte expliziert.

Eine Analyse der öffentlichen Politik beruht auf einer Analyse der Sachverhalte und der sittlichen Werte. Bei der Beurteilung der Sachverhalte versucht man anzugeben, was geschehen ist und geschieht, und die Strukturen der Geschehnisse und ihre Wechselbeziehungen zu erfassen. Dieses Bestreben beruht sowohl auf der empirischen Forschung als auch auf der Theorie und den Modellen der Sozialwissenschaft, von denen sich diese Forschung leiten läßt. Im Zusammenhang mit diesen Problemen – Ernährungs-, Bevölkerungs-, Energie- und Umweltfragen – bestrebt sich die Sozialwissenschaft, ein Verteilungsmodell aufzudecken und auch zu zeigen, daß andere, alternative Modelle möglich und besser sind.

Das Verfahren besteht darin, daß man Alternativmodelle formt, das herausarbeitet, was im Werdeprozeß liegt. Der erste Schritt ist der, daß man die letztgültigen Normen (Werte) ausfindig macht, die für das Vorgehen wegleitend sind und unmittelbar zu erreichende Ziele setzen. Der zweite Schritt ist die Experimentierphase: das Vorsehen und Testen alternativer Mittel, um die normativen Ziele und die praktischen Absichten zu erreichen, und gleichzeitig die Ermittlung der sekundären Nebenwirkungen (die erwünscht oder unerwünscht sein können) des Vorgehens. Gestützt auf die Beurteilung der Sachverhalte und eine explizite Anerkennung der maßgeblichen Werte muß somit das Verfahren Mittel vorsehen, um verschiedene Verteilungsmodelle zu erhalten, alle in ihnen liegenden Wirkungen ausfindig zu machen und aufzuzeigen, weshalb ein besonderes Modell besser sei als andere. Mir dies vor Augen haltend, werde ich nun prüfen, welche «Sachverhalte» in bezug auf die Bevölkerungs-, Umwelt-, Energie- und Ernährungspolitik vorliegen.

II. Die Knappheitshypothese

Dieser Abschnitt wird zwei Punkte umfassen:

1. Wie viele Menschen leiden Hunger, und wer sind diese Menschen?
2. Weshalb leiden sie Hunger?

Die Schätzungen in bezug auf die Frage, wie viele Menschen tatsächlich Hunger leiden, sind von operativen Definitionen der Unterernährung abhängig. Die FAO (United Nations Food and Agriculture Organization) nimmt an, daß ungefähr fünf- bis sechshundert Millionen Menschen (um die 12–15 % der Weltbevölkerung) an Unterernährung infolge Nahrungsmittel-

mangel leiden; davon seien ungefähr siebenzig bis neunzig Millionen (2–3%) in einem kritischen Zustand. Um diese Menschen gut zu ernähren, würden 30 bis 60 Millionen Tonnen Getreide (ich spreche der Einfachheit halber bloß von Getreide) genügen. Doch an Getreidevorräten sind auf der Welt nahezu 200 Millionen Tonnen gespeichert; es besteht also keine globale Lebensmittelknappheit.

Es gibt jedoch Autoren, die zwar zugeben, daß gegenwärtig kein globales Nahrungsmittel/Bevölkerungsproblem besteht, die aber behaupten, es sei ein relatives Nahrungsmittel/Bevölkerungsproblem vorhanden. Relativ wozu?

Erstens auf die örtliche Landwirtschaftserzeugung, und zweitens auf die zu erwartende künftige Bevölkerung.

Die FAO hat vierundvierzig Länder als MSA (Most Seriously Affected – äußerst ernsthaft gefährdet) taxiert, womit in erster Linie gemeint ist, daß der örtliche Bevölkerungszuwachs die örtliche Nahrungsmittelproduktion hinter sich läßt. Man nimmt an, daß dieser Sachverhalt stimmt, doch muß man dieses Faktum im Licht weiterer Gegebenheiten besehen, zu denen auch die Prioritäten in der Landwirtschaftsproduktion, Umwelt- und Energiepolitik gehören. Die Wirtschaftswissenschaftler sprechen von Angebot und Nachfrage, und wir müssen uns fragen, wie weit das MSA-Problem ein Problem übermäßiger Nachfrage oder ungenügenden Angebotes ist (Erzeugung und Verteilung). Es gibt manche Fakten, die einander zu widersprechen scheinen. Erstens die Bevölkerungsdichte pro Hektar bebauten Land. Der FAO zufolge verwenden Afrika und Lateinamerika (wo es am meisten MSA gibt) im allgemeinen weniger als 25% des Landes, das bebaut werden könnte. In Asien (Festland) ist die Bevölkerungsdichte größer, aber lange nicht so dicht wie in Japan und Europa. Die sogenannte «Knappheit» hängt mehr mit niedrigen Erträgen und ärmlischer Produktionstechnologie als mit zu großer Bevölkerungsdichte zusammen. Sie ist in erster Linie ein Erzeugungs- und Marktproblem.

Weshalb sind die Erträge so niedrig? Um diese Frage zu beantworten, muß man die Reihe der Faktoren prüfen, die in die Produktion eingebracht werden. Kurz zusammengefaßt sind dies:

1. die Konservierung, Bebauung und Bewässerung des Landes sowie die grundlegende natürliche Fruchtbarkeit;
2. die vorhandene Arbeitskraft und ihre Qualität;
3. das Kapital (um Produktionsmittel wie z. B. Werkzeuge und Kunstdünger zu beschaffen);
4. die Tüchtigkeit des leitenden Personals, und
5. die gesamten technologischen Hilfsmittel.

Über jeden dieser Faktoren wurden zahlreiche Studien verfaßt. Das Problem liegt für jedes Land darin, wie es seine vorhandenen Reserven zu kombinieren hat, damit es die Ernteerträge und die Gesamtproduktion steigern kann. Die meisten armen Länder weisen genügend Fruchtbarkeit und Arbeitskraft auf, um diese Ziele zu erreichen, obschon die Gesamtqualität noch erhöht werden muß (beispielsweise durch Konservierungsprogramme und landwirtschaftliche Schulung und Ausbildung). Am meisten mangelt es an Kapital (die armen Länder haben eine Schuld von beinahe 300 Millionen Dollar), an tüchtigem Leitungspersonal und am nötigen technologischen Wissen.

Die genannten Mängel behindern den Aufbau einer wissenschaftlich fundierten Landwirtschaft. Doch nach Ansicht der meisten Beobachter lassen sich diese Hindernisse, die der Umgestaltung der herkömmlichen Agrikultur entgegenstehen, beseitigen, falls der politische Wille dazu besteht. Selbst das «arme» Indien hat Getreidevorräte von ungefähr 18 Millionen Tonnen (und hat über 1,5 Millionen Tonnen verkauft); zudem hat die Gangesebene ein gewaltiges Zukunftspotential.

Doch selbst dann, wenn die technologische Produktionsveränderung der herkömmlichen Landwirtschaft stattfände, kämen deren Erträge nicht automatisch den Armen zugute, sondern es müssen zudem die Prioritäten und Strukturen der Gesellschaft geändert werden. Nach Ansicht der FAO gibt es vier Gesellschaftsgruppen, die am meisten Hunger leiden. Es sind dies 1. die landlosen Bauern, 2. die arbeitslosen Städter, 3. die Kinder und 4. die schwangeren und stillenden Frauen.

Hunger leiden diejenigen, die weder die Produktionsmittel haben, um die benötigten Nahrungsmittel hervorzubringen, noch das Einkommen, um sie sich auf dem Markt zu kaufen. Es geht um die Verteilung sowohl der Produktionsmittel als auch der Nahrungsmittel. Ferner ist die gesellschaftliche Stellung der Frauen und Kinder die einer radikalen Abhängigkeit; sie besteht nur aus ihrer Erfahrung des Hungerns. In dieser Hinsicht werden eine Reihe von Maßnahmen erwogen: Umgestaltung von Institutionen des Grundbesitzes, Kredite für die Landwirtschaft, vermehrte Zuwendungen von Ressourcen an die Nahrungsmittelerzeugung, Verwendung von Technologien, die nicht energieintensiv sind, sondern Arbeitsplätze schaffen, Programme zur Ernährung der Schulkinder (leider gehen viele arme Kinder gar nicht zur Schule), allgemeine soziale Emanzipation der Frau auf dem Weg der Ausbildung, Anleitung zur Empfängniskontrolle und so weiter. Eine Bevölkerungspolitik ist zwar notwendig, doch als primäre Lösung für das Hungerproblem ist die Bevölkerungskontrolle allzu simpel.

Die Hungernden und Armen sind ja gerade deswegen arm und hungrig, weil sie an den Rand gedrängt sind; deswegen fließen die Produktionsmittel und -steigerungen nicht ihnen zu, gleichviel wie groß ihre Zahl ist. Die heutige «Knappheit» ist ein zugleich künstliches und systematisches Ergebnis der heutigen Gesellschafts- und Wirtschaftsstrukturen.

Das künftige Bevölkerungsproblem ist schwerwiegender. Der Gedankengang ist vertraut: Die Welt brauchte viele Millionen von Jahren, um eine Bevölkerung von einer Milliarde zu erreichen; aber in den letzten ungefähr zweihundert Jahren hat diese sich auf über vier Milliarden vervierfacht. Man erwartet, daß die Weltbevölkerung im Jahre 2000 sechs Milliarden erreicht haben wird! Wer soll diesem Wachstum Einhalt gebieten, bevor es zu einer Wirtschaftskatastrophe und zu einem Weltkrieg wegen Energiemangel kommt?

Eine Bevölkerungspolitik ist notwendig und erfolgt für gewöhnlich in zwei Formen: in Reaktion auf das Bevölkerungswachstum (Binnenwanderung, Planung von Dienstleistungen, Schaffung von Arbeitsplätzen usw.) und in Eindämmung des Bevölkerungswachstums (Anreize und weitere Mittel, um die Geburtenrate sinken zu lassen). Die Menschen haben nicht bloß aus sexuellen Antrieben oder interpersonalen Erwägungen Kinder. Es spielt dabei auch eine bunte Reihe gesellschaftlicher Motive mit (die künftige soziale Sicherheit der Eltern, das Verlangen nach einem männlichen Nachkommen, die gesellschaftliche Stellung der Frau, ethnische Erwägungen, die Kindersterblichkeit, die Verteilung des Reichtums und der wirtschaftlichen Möglichkeiten, um nur ein paar davon zu nennen). Es sind schon viele Forschungsarbeiten über diese Probleme angestellt worden. Die Hauptmeinung scheint heute für eine Bevölkerungspolitik einzutreten, die in Verbindung mit einem Gesamtsystem zur Wohlfahrtspflege und einer globalen Verbesserung der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebensverhältnisse erfolgt. Fragen wie die, ob die Programme zur Bevölkerungskontrolle dem freien Gewissen der Eltern überlassen bleiben sollen, ob wirtschaftliche Anreize und Abschreckungsmittel moralisch vertretbar sind usw., sind allesamt wichtig und werden in der Ethik der Bevölkerungsfragen weit und breit erörtert (es liegt jedoch nicht in der Zielsetzung dieses Aufsatzes, die wichtigere Literatur darüber zu besehen). Die Frage bleibt: Wie dringlich ist das Bevölkerungsproblem?

Aus Kreisen der UNO und der FAO wird vorhergesagt, daß während der nächsten hundert Jahre die Weltbevölkerung sich auf der Höhe von ungefähr acht bis zehn Milliarden Menschen stabilisieren wird. Für

eine solche Bevölkerungszahl ließe sich mit den Ressourcen und der Technologie von *jetzt* «hinlänglich» sorgen. Dem würden wohl die meisten zustimmen. Doch es geht in Wirklichkeit nicht um die bloße «Hinlänglichkeit», sondern um das Niveau der Lebensfülle und -qualität. Beim heutigen Stand der Technologie wird in den Ländern mit großer Bevölkerungszahl der Lebensstandard inskünftig niedriger sein als der heutige Wohlstand beispielsweise in Westeuropa. Da meiner Meinung nach nicht von Knappheit im absoluten Sinn die Rede sein kann, handelt es sich in Wirklichkeit um Knappheit im relativen Sinn, d. h. um Knappheit im Vergleich zu einem erwünschten Wohlstandsniveau. Was hier inskünftig möglich sein wird, hängt nicht nur von Verteilungsschemata ab, sondern auch von der Entwicklung in der Technologie, zumal vom Ausfindigmachen alternativer Energiequellen (die erneuert werden können). Die Option für immer höhere Wohlstandsniveaus bringt zwangsläufig in viele Wertdilemmas und Dilemmas der allgemeinen Politik hinein. Um nur ein paar wenige zu nennen: Ein großer Fleischkonsum läßt reiche Länder nahezu 80% des Getreides als Viehfutter verwenden (und damit konsumieren sie effektiv drei- bis fünfmal mehr als ihre Mitmenschen in den armen Ländern). Dazu kommen Konsumhaltung, Nahrungsmittelverschwendung, der hohe Energiebedarf moderner «auf der Wissenschaft basierender» Systeme, eine Landwirtschaftspolitik, die mehr Gewicht auf den Verkauf von Exportwaren (Tee, Kaffee usw.) als auf die Produktion der am Ort selbst benötigten Nahrungsmittel legt. Die Kontrolle der Technologie, die Verteilung der Ressourcen und viele verwandte Probleme machen es notwendig, die Debatte über Wohlstand oder bloße Hinlänglichkeit im Licht von Grundwerten zu besehen, die für die Politik normativ sind.

Diesen Abschnitt abschließend möchte ich sagen: Die «Knappheitshypothese» ist keineswegs leicht zu beurteilen. Wenn ich die Literatur durchsehe, komme ich zum Schluß: Die *jetzige* Knappheit ist «künstlich» in dem Sinn, daß sie das Ergebnis des Systems ist, entweder der Gesellschaftsstrukturen oder der uneffizienten Landwirtschaft. Das *künftige* Knappheitsproblem ist verwickelter, und ob jemand der Zukunft optimistisch oder pessimistisch entgegenseht, hängt viel von seinen Wertvorstellungen und seinen Ansprüchen in bezug auf die Lebensqualität sowie von den Erwartungen in bezug auf den künftigen Stand der Technologie ab (namentlich der Energieversorgung, auf der die wissenschaftlich betriebene Landwirtschaft und die «moderne» Gesellschaft in starkem Maß gründen). Mein Schluß ist der, daß bei einer voraussichtlichen Weltbevölkerung von acht bis zehn Milliarden

eine hinlängliche Versorgung (in dem Sinn, daß für die Grundbedürfnisse im wesentlichen gut gesorgt ist) offensichtlich möglich ist und hauptsächlich vom politischen Willen, das Problem zu lösen, abhängt. Ob der Wohlstand einer Konsumgesellschaft für alle erreicht werden kann, ist fraglicher (falls dies überhaupt wünschbar ist).

III. Die ungerechte Verteilung

Was ist zu produzieren? Wie ist zu produzieren und für wen? Dies sind die Grundfragen der Ernährungspolitik angesichts der begrenzten Umweltressourcen und Energieversorgung sowie der Forderungen der Bevölkerung, die von immer mehr Menschen mit steigenden Wohlstandsansprüchen gestellt werden. Dieser Teil meines Aufsatzes will prüfen, ob die ungleiche Verteilung, die wir festgestellt haben, ungerecht ist, und ferner, ob sie eine soziale Ungerechtigkeit ist.

Wie gesagt, muß eine Behauptung, welche die Gerechtigkeit betrifft, auf grundlegenden ontologischen und anthropologischen Erwägungen basieren. Ich entwickle diese im vorliegenden Aufsatz nicht, aber um von Ungerechtigkeit sprechen zu können, muß ich wenigstens meine Kriterien bestimmen.

Diese Kriterien gründen auf der breiten Tradition der Soziallehre der Kirche. In dieser Lehre finden sich (trotz pluralistischer Elemente) drei stets wiederkehrende Gedanken:

1. die Würde der menschlichen Person, die darauf beruht, daß der Mensch nach Gottes Bild geschaffen ist;

2. die Universalität der Schöpfung, die in der Lehre zum Ausdruck kommt, daß die Welt für alle da ist (und deswegen nicht individualistisch angeeignet werden darf);

3. die individuelle Freiheit und Selbstbestimmung muß auf das Allgemeinwohl Rücksicht nehmen.

Über den Inhalt dieser drei Prinzipien hat man diskutiert. Meiner Meinung nach aber führen sie im allgemeinen zu einer tief auf die Gemeinschaft bezogenen Ethik, die sich von den Anschauungen sowohl der liberalen Demokratie als auch des marxistischen Sozialismus unterscheidet. Sie ist eine Ethik des Aufbaus von Gemeinschaft, der *Communio*.

Zwei richtungweisende Prinzipien sind es, die das Leben der Gemeinschaft bestimmen: das Prinzip, nichts Übles zu tun (nichts Schlimmes zuzufügen, wie dies in den zehn Geboten verdeutlicht wird), und das Prinzip, das Gute zu tun (selbst wenn man nichts Schlimmes zugefügt hat, wie dies im Gleichnis vom

guten Samariter, in den Seligpreisungen und im Leiden und Sterben des Herrn verdeutlicht wird). Dieses Prinzip des Gutes-Tuns ist in der Praxis schwieriger durchzuführen, denn es läßt keine Grenze zu; kein Wunder, daß die Spiritualität der Kirche von einer kasuistischen Moral oft von diesem Grundsatz abgedrängt worden ist. Diese allgemeinen Orientierungsprinzipien sind kurz gesagt die Voraussetzungen, die meine Erörterung von vier praktischen Prinzipien der Gerechtigkeit: Freiheit, Gleichheit, tatkräftige Dienstbereitschaft und Einspruch umreißen. Meine Position ist die, daß das Welternährungssystem nicht zum Wohlergehen der Armen beiträgt, sondern sich für sie schlimm auswirkt; dieses Übel tun entspringt der menschlichen Verantwortung, wie erhellt, wenn wir die praktischen Prinzipien besehen.

Erstens erfreuen sich nicht alle der Freiheit, zum Ernährungssystem Zugang zu haben. Sie haben keinen Zugang zu den Produktionsmitteln und auch nicht zum Markt für Güter und Dienstleistungen. Diese Unterdrückung der Freiheit widerspricht der Würde der Person, da sie ihr die Möglichkeit zur Selbstbestimmung nimmt. In einem gemeinschaftlichen Rahmen muß die Freiheit der Gutsituierter durch die Rücksicht auf das allgemeine Wohl gezügelt werden, indem man der Freiheit der Unterdrückten den Vorzug gibt und für alle die gleiche Freiheit gewährleistet.

Zweitens ist es klar, daß die Verteilung von Gütern und Dienstleistungen im täglichen Funktionieren des Ernährungssystems kraß ungleich ist. Und was noch schlimmer ist: Die Chancengleichheit wird namentlich den vier untersten Gesellschaftsgruppen systematisch verweigert. Dies widerspricht nicht nur der Würde der Person, sondern auch der Universalität der erschaffenen Güter. Ferner stürzt es beide Prinzipien der Gemeinschaft um (nichts Übles tun, das Gute tun).

Drittens sind die Gesellschaftsinstitutionen dazu da, für das Volk ein Maximum von Vorteilen hervorzubringen; der Beweggrund hierzu findet sich darin, daß man einander möglichst Dienste erweisen soll. Es ist ein soziales Gebot, Institutionen so umzustrukturieren, daß sie mehr Nutzen bringen, und dies erfordert mehr als den guten Willen und die Absicht, dies zu tun. Wenn z. B. jemand eine Landreform vorschlägt, ist es wichtig, sich bewußt zu werden, daß Kleinlandwirte aus dem Land mehr herauswirtschaften können als Großbauern, aber dies ist nicht ohne weiteres so. Es braucht dazu gleichzeitige Veränderungen im Landwirtschaftskreditwesen, im Anbau, auf den Märkten. Und das gleiche gilt für die Gründung von Genossenschaften und weitere Strukturveränderungen; die Politik darf sich nicht auf einen einzigen Faktor beschränken. Das Allgemeinwohl er-

fordert Institutionen, die möglichst viel Nutzen bringen und Dienste erweisen. Bei den jetzigen Institutionen ist dies nicht der Fall.

Ein letzter Punkt: Wenn eine Gesellschaft oder ein System nicht gerecht im Sinn von Freiheit, Gleichheit und wirkkraftiger Dienstleistung ist, wie oben dargestellt, dann besteht die moralische Verpflichtung zu prophetischem Einspruch, zu Dissens, denn ein solches System hat dann seine Berechtigung verloren, die in einer auf Gemeinschaft ausgerichteten Ethik besteht, wie dies in den Prinzipien, nichts Böses zuzufügen und das Gute zu tun, zum Ausdruck gebracht wird.

Die soziale Ungerechtigkeit des Welternährungssystems tritt darin zutage, daß man zum System keinen Zugang hat, in der ungerechten Verteilung der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Macht und der entsprechenden Vorteile und in der strukturbedingten Unwirksamkeit, die nicht das größte Maximum an Dienstleistungen hervorbringt und das allgemeine Wohl nicht möglichst fördert. Diese Ungleichheit ist nicht «Fatum» oder «Schicksal», sondern für sie ist der Mensch verantwortlich. Zweitens ist dies nicht menschliche Verantwortung im bloß individualistischen oder selbst interpersonalen Sinn, sondern in einem genauen gesellschaftlichen Sinn. Die Ungerechtigkeit ist in die vorherrschenden Gesellschaftsmodelle und Verhaltensregeln eingebaut (seien es nun die «Gesetze» des Marktes oder die für das Eigentum geltenden «Regeln» oder die «Realpolitik») und in die geltenden Werte und Ideologien eingebettet, auf die sie sich stützen. Ferner sind sie in Gesellschaftsklassen und -schichten inkarniert (mit ihren entsprechenden Rollen und Privilegien für verschiedene Individuen und Gruppen) und in die verschiedenen symbolischen Sinnsysteme eingeschlossen mit ihren Belohnungen (z. B. Nobelpreis) und Sanktionen (Verhaftung solcher, welche «die nationale Sicherheit bedrohen»). Die ungerechte Verteilung, die im Zusammenhang mit den Bevölkerungs-, Umwelt-, Energie- und Ernährungsproblemen festgestellt worden ist, wird nicht schon dadurch behoben werden, daß man an das Gewissen der einzelnen appelliert, so wichtig dies auch sein mag, sondern indem man sie in allen ihren gesellschaftlichen Erscheinungsformen, wie wir sie weiter oben sahen, angreift.

IV. Prüfung von Alternativen

Es fehlt nicht an phantasievollen Alternativen, die auch «logisch», sind, aber es fehlt an guten Alternativen, die wirksam sein könnten. In den Veröffentlichungen der Weltbank, im kürzlich veröffentlichten

Bericht der Brandt-Kommission und in weiteren ist davon die Rede, die Bedingungen für den Handel und für den Transfer von Kapital und Technologie in arme Länder zu ändern, Waffenkäufe zu besteuern oder zu verbieten und so weiter. Als wir weiter oben über die «niedrigen Erträge» sprachen, wurden ebenfalls einige Alternativen erwähnt in der Entwicklung, Durchführung und Bewertung alternativer Methoden. Was wir brauchen, ist ein «empirisch umfassender wertkritischer Ansatz». In diesem Aufsatz fehlt der Raum, um einige konkrete Alternativen zu erörtern; es möge genügen, auf die Hauptelemente dieses Ansatzes hinzuweisen.

Mit dem Kriterium «empirisch umfassend» ist gemeint, daß man die Möglichkeit beachten muß, daß einschlägige Befunde weggelassen und wichtige Fragen übergangen werden.

Das Kriterium «wertkritischer Ansatz» verlangt sodann nach einer offenen Debatte über die politischen Zielsetzungen, die Grundwerte und das, was man sozial erreichen will; nach einer Analyse von Zielkonflikten und akzeptablen Verhandlungsbedingungen; nach der Setzung von Prioritäten (sowie der Festsetzung der Fristen und der Abfolge von Neuerungen im Vorgehen); nach der Festsetzung von zwingenden Verpflichtungen (die sich entweder aus der Sachkenntnis, der Wirtschaftswissenschaft oder der Politik ergeben) und schließlich nach der Aufteilung der Verantwortung auf die international und die örtlich Beteiligten.

Es wäre doktrinär, wollte man auf einer einzigen Lösung für die Bevölkerungs-, Umwelt-, Energie- und Ernährungsproblematik bestehen. Es ist eine Reihe «gemischter Verfahren» denkbar und gangbar, aber jeder Ansatz sollte versuchen, sowohl empirisch umfassend als auch wertkritisch zu sein. Meines Erachtens sind die folgenden Elemente erforderlich, damit eine Alternative als gangbar erscheint (ohne daß ich – da mir der Raum dazu fehlt – eine solche Alternative entwickle).

Das erste Element besteht in einer Kritik der herrschenden Gesellschaftsmodelle, ihrer Werte und Ideologien. Diese Kritik würde dann zu einer Veränderung der Strukturen führen; in diesem Fall würde dies bedeuten, daß den Armen Zugang zu den Produktionsmitteln (wie Land, Wasser, Kredit, Saatgut usw.) und zu den Märkten gewährt wird, und zwar auf eine Art und Weise, worin sie über ihr Schicksal selbst bestimmen können.

Zweitens ist eine technologische Änderung des Produktions- und Verteilungssystems erforderlich, damit sie wissenschaftlich fundiert werden, ohne daß von einer «geeigneten Technologie» abgesehen wird. Der land-

wirtschaftliche, der industrielle und der Dienstleistungssektor der Wirtschaft sollten auf komplementäre Weise gleichzeitig entwickelt werden, so daß sie dem Volk im Prozeß des Wachstums und der Änderung der Wirtschaft zu stabilen Einnahmequellen verhelfen. Bei der Bestimmung des Zutritts zum System sind Preis- und Einkommenspolitik (und selbst eine Versorgungspolitik) von grundlegender Bedeutung.

Drittens sollte im Prozeß der Strukturveränderung und -entwicklung in mehr technischem Sinn die öffentliche Politik darauf ausgerichtet sein, die allgemeine Wohlfahrt in bezug auf das Schulwesen, die Ernährung und die Grundbedürfnisse zu fördern in Entsprechung zu einem Programm für allgemeine Wohlfahrtspflege (wozu auch eine Bevölkerungspolitik gehören würde). Besondere Beachtung sollte dabei benachteiligten Gesellschaftsgruppen wie z. B. den Frauen und Kindern geschenkt werden.

Diese Richtlinien sind allgemein, weisen aber auf gangbare Alternativen im Vorgehen hin. Das Haupthindernis besteht darin, daß es am politischen Willen dazu fehlt.

V. *Schluß: Die aktive Beteiligung der Kirche*

Die Kirche ist weder eine Regierung noch eine Korporation. Ihre politische Autorität und Macht auf dem Marktplatz ist deshalb beschränkt. Soziologisch gesehen ist sie in erster Linie ein Überzeugungssystem, und als solches könnte sie bei der politischen Willensbildung verantwortlich mitarbeiten.

Die Kirche hat lange Zeit eine Rolle bei der internationalen Hilfeleistung ausgeübt. Dies ist oft notwendig und oft recht und gut. Doch bei der Problematik der Bevölkerungs-, Umwelt-, Energie- und Ernährungspolitik ist das Entscheidende nicht die Hilfelei-

stung, sondern die Gesellschaftsveränderung durch den Aufbau einer gerechteren Politik und richtigerer Strukturen.

Die erste Aufgabe, welche die Christengemeinde auf diesem Gebiet hat, ist es, der Politik eine Orientierungshilfe zu bieten, indem sie eine Kritik der heute geltenden Werte und Ideologien vornimmt, nach denen dann die Politiken und die Institutionen beurteilt werden sollten (selbstverständlich bedarf es dazu auch einer gewissen Sachkenntnis).

Ein solcher Dienst der Kirche wird seiner Natur nach wirklich sozial sein, indem verschiedene Personen in der Kirche unterschiedliche Aspekte der Probleme behandeln. Die tätige Mitbeteiligung aller Laien und eine wirklich kollegiale Amtsausübung in der Kirche wären wohl dazu unerläßlich (nur allein schon aus methodologischen Gründen!).

Drittens sollte die Kirche gewillt sein, sich zur Stimme der armen Massen zu machen, die sich in der Gesellschaft nicht wirksam zu Gehör bringen können. Statt daß sie durch ihr Schweigen ungerechte Strukturen zu legitimieren scheint, muß die Kirche «ihr Gewicht und ihre Stellung in der Gesellschaft geltend machen», indem sie sich für die Sache der Armen einsetzt. Andernfalls würde sie ihrer Sendung, das Leben des Menschen zu fördern, zu entwickeln und mit Sinn zu erfüllen, untreu. Es gibt keine automatisch wirkenden Lösungen und keine fix und fertigen Pläne zu sozialer Gerechtigkeit, aber sich im Geist des Dialogs verantwortlich mitzubeteiligen, ist ein notwendiger erster Schritt, damit für miteinander zusammenhängende dringliche örtliche und internationale Probleme überhaupt Lösungen gefunden werden können.

Die Ungerechtigkeiten, die mit der heutigen problematischen Bevölkerungs-, Umwelt-, Energie- und Ernährungspolitik gegeben sind, können und sollten in einer kollegialen aktiven Beteiligung gelöst werden.

¹ Siehe Bibliographie, Teil II!

² Siehe Bibliographie, Teil III!

Bibliographie

Zu einer guten Information über das behandelte Thema können folgende Werke in englischer Sprache dienen:

I.

Philipp Abelson (Hg.), *Food, Politics, Economics, Nutrition and Research* (American Association for the Advancement of Science, Washington, D.C., 1975).

R. Ackroyd, *Deficiency Diseases*, Who (1970).

Lester Brown, *By Bread Alone* (Praeger, New York 1974).

Coombs, *The Assault on World Poverty* (1976), FAO, Population, Food Supply and Agricultural Development (Rom 1975).

Susan George, *How the Other Half Dies* (Allenheld, Osmun and Co., Montclair, N.J., 1977).

Raymond F. Hopkins and Donald J. Puchala (Hg.), *The Global Political Economy of Food* (Univ. of Wisconsin, Madison 1978).

Institute for Food Policy and Development, *Food First, Resource Guide* (San Francisco 1979).

Francis Moore Lappe and Joseph Collins, *Food First* (Houghton, Mifflin and Co., Boston 1977).

Karl-Heinz Lemnitzer, *Ernährung, Politik und wissenschaftliche Entwicklung* (SSIP, Saarbrücken 1977).

National Academy of Sciences (USA), *The World Food and Nutrition Study* (Washington, D.C., 1977) (Zu diesem Band sind fünf Begleitbände und ein sechster Band über das Wachstum der Landwirtschaftsproduktion in den USA herausgekommen).

Schlomo Reutlinger und Marcelo Selowsky, *Malnutrition and Poverty* (Johns Hopkins Univ. Press, Baltimore, World Bank Occasional Papers 23, Zweidruck 1978).

Schlomo Reutlinger, *Malnutrition: A Poverty or a Food Problem?*: World Development, 1977, Vol. 5, No. 8, S. 715-724.

Radha Sinha, *Food and Poverty* (Croom Helm, London 1976).

Colin Tudge, *The Famine Business* (Penguin, London 1977).

George L. Tuve, *Energy, Environment, Populations and Food* (John Wiley and Sons, New York 1976).

United States Department of Agriculture, *The World Food Situation and its Prospects to 1985* (EPS, For. Ag. Econ. Report 98, Washington 1974).

S. Wortman, R. Cummings, *To Feed this World* (Johns Hopkins, Baltimore 1979).

Mary Evelyn Jegan und Charles Wilbur, *Growth with Equity* (Paulist, New York 1979).

George R. Lucas, Jr. und Thomas E. Ogletree (Hg.), *Lifeboat Ethics* (Harper and Row, New York 1976).

Arthur Simon, *Bread for the World* (Paulist, New York 1979).

Gibson Winter, *Element for a Social Ethic* (MacMillan, New York 1971).

J. Philip Wogaman, *The Great Economic Debate: an Ethical Analysis* (Westminster Press, Philadelphia 1977).

Philip Wogaman (Hg.), *The Population Crisis and Moral Responsibility* (Hastings, Washington 1973).

Aus dem Englischen übersetzt von Dr. August Berz

II.

William Aiken und Hugh LaFollette, *World Hunger and Moral Obligation* (Prentice Hall, Englewood Cliffs 1977).

C. Dean Freudenberger und Paul M. Minus, Jr., *Christian Responsibility in a Hungry World* (Abingden, Nashville 1977).

Joseph Gremillion (Hg.), *Food, Energy and the Major Faiths* (Orbis, New York 1978).

Nural Islam, *World Food Strategy: Ethics, Politics and Policy* (Progressive Publishers, London 1976).

Mary Evelyn Jegan und Bruno Manno, *The Earth is the Lord's: Essays on Stewardship* (Paulist, New York 1979).

PAUL STEIDL-MEIER

Mitglied der Gesellschaft Jesu; Dr. phil. der Universität Stanford in Entwicklungswissenschaften (mit einer Dissertation über die moderne chinesische Landwirtschaft) und Master in Theology der Harvard Divinity School in Sozialethik. Er ist Mitglied der Fakultät für Sozialwissenschaft der Päpstlichen Universität Gregoriana zu Rom. Aus seiner Forschungsarbeit ging das im Druck befindliche Buch hervor: *Hunger and Injustice: Structural Problems in the World Food System* (in diesem Werk ist eine umfassende Bibliographie zu unserem Thema zu finden). Anschrift: Centro internazionale di ricerche sociali, Università Gregoriana, Piazza della Pilotta 3, I-00187 Roma, Italien.

Siro Lombardini

Ungleichheit in der
Weltwirtschaftsordnung
(Preise, Protektionismus,
Wachstumsprozesse)

Der Gegensatz: Entwicklung – Unterentwicklung

Die Entstehung des Kapitalismus in den europäischen Ländern und in Nordeuropa brachte eine neue internationale Arbeitsteilung mit sich. Diese neue Entwicklung des internationalen Weltwirtschaftssystems geht in einem vorher nie gekannten Ausmaß zusammen mit einer strukturellen Ungleichheit zwischen verschiedenen Teilen der Welt. Es scheint kaum noch möglich zu sein, diese Entwicklung rückgängig zu machen. Auf der einen Seite gibt es die Entwicklungsländer als Rohstofflieferanten, die die Bereicherung

der fortgeschrittenen Länder ermöglichen. Auf der anderen Seite verfügen die Industrieländer über das Monopol an technischem Wissen, besitzen Kapital und Industrie und kontrollieren das Weltwährungssystem. Nach gängiger Auffassung kann nur ein nachgeholtes wirtschaftliches Wachstum die Länder der Dritten Welt aus dem Käfig des Elends befreien, in den die industrielle Revolution der reichen Welt sie eingesperrt hat. Solange die wirtschaftliche Unterentwicklung andauert, wird die politische Unabhängigkeit mit Frustrationen, Ressentiments und mit einer erheblichen Spannung zwischen unterschiedlichen ethnischen Gruppen zusammengehen. Aber gerade diese negativen Faktoren sind die Voraussetzung für die Aufrechterhaltung der neokolonialistischen Weltordnung. Die reiche Welt ist um so mehr auf die Fortdauer der neokolonialistischen Weltordnung angewiesen, als neue wissenschaftliche Entdeckungen einige Rohstoffe wie das Uran, die nur Länder in Asien und in Afrika in ausreichendem Maße liefern könnten, wichtig werden ließen und als die Gefahren einer Energie- und Rohölverknappung sich abzeichneten.

Unter diesen Umständen verbinden die Entwicklungsländer ihr Verlangen nach einer politischen Unabhängigkeit, die nicht nur formal ist, sondern auch